

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 48 (1968-1969)
Heft: 1

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

RUNDSCHAU

KRISENZEICHEN IM OSTBLOCK

Osteuropa ist in den vergangenen Wochen in eine Bewegung geraten, die in manchen Zügen an die Ereignisse des Herbstes 1956 erinnert. Wiederum ertönt in osteuropäischen Hauptstädten der Ruf nach Freiheit und Selbstbestimmung. Waren es damals Warschau und Budapest, so sind es heute Prag und Warschau, die die Führungsrolle übernommen haben. Das Verlangen nach einer Lockerung und «Liberalisierung» wird wie vor elf Jahren in einem Augenblick erhoben, da die Sowjetunion zunehmend auf Schwierigkeiten stößt, ihre Autorität gegenüber den Randstaaten durchzusetzen. Und wiederum ist es das *Gespens des Stalinismus* und die Furcht vor einem Rückfall in die diktatorischen Methoden der späten vierziger und der frühen fünfziger Jahre, welche diese spontanen Reaktionen ausgelöst haben.

Reservat des Stalinismus — die CSSR

Am weitesten vorgeprellt in den Forderungen nach Reformen ist die *Tschechoslowakei*, jenes Land also, das von dem nach Stalins Tod einsetzenden «Tauwetter» jahrelang fast unberührt geblieben und so zum eigentlichen Reservat des Stalinismus in Osteuropa geworden ist. Die Führungselite um den Parteisekretariat und Staatspräsidentenschaft in seiner Hand vereinigenden *Antonin Novotny* hat es verstanden, jahrelang alle Reformbestrebungen zu unterdrücken oder in Bagatell-Erfolgen versanden zu lassen.

Erst Ende letzten Jahres geriet die Position Novotnys ins Wanken. Auf der *Dezembertagung* des ZK-Plenums in Prag gelang es ihm zwar nochmals, seine Stellung zu behaupten. Der sowjetische Parteisekretär *Breschnew* persönlich hatte sich damals nach der Tschechoslowakei bege-

ben, um die Lage an Ort und Stelle zu prüfen. Seine Intervention vermochte jedoch den Sturz Novotnys nur um einige Wochen hinauszuschieben. Wenn man den heute aus Prag bekannt gewordenen Berichten über die Rolle Breschnews bei den Dezemberereignissen Glauben schenken kann, hat sich der sowjetische Parteichef darauf beschränkt, den Tschechen ihren Entscheid selbst zu überlassen. Im Januar wurde daraufhin Novotny von seinem Amt als Parteisekretär enthoben und durch den als Reformanhänger bekannten *Josef Dubcek* ersetzt.

Isolierung Novotnys

Novotny hatte seine Position als Parteisekretär bis zum letzten zu verteidigen gesucht. Er war dabei offensichtlich entschlossen gewesen, nötigenfalls auch vor der Anwendung von Gewalt nicht zurückzuschrecken. Um einen Druck auf das Januarplenum des ZK der tschechoslowakischen Kommunisten auszuüben, hatte er die *Mobilisierung von Panzertruppen* befohlen. Zum äußersten ist es freilich nicht gekommen. Novotnys Autorität war bereits so geschwunden, daß er es nicht wagen konnte, einen *Staatsstreich* von oben durchzuführen, der das Risiko blutiger Unruhen in sich barg. Er räumte deshalb kampflos seinen Platz im Parteisekretariat; als Zugeständnis an Novotny mag die Tatsache gewertet werden, daß man ihm den repräsentativen Posten des Staatsoberhauptes beließ.

Es war wahrscheinlich die Absicht der mit Dubcek an die Macht gelangten Reformer, ihre Projekte vorsichtig und etappenweise zu verwirklichen. Novotnys Anhänger sollten sukzessive aus ihren Ämtern entfernt und der Präsident sollte allmählich isoliert werden. Die Absetzung

des Parteiideologen *Hendrych* zu Anfang März war einer der Schritte auf diesem Wege. Aber bald zeigte es sich, daß die lange zurückgedrängten Forderungen nach «Liberalisierung» einen Stau der Gefühle geschaffen hatten, der beim geringsten Anlaß alle Dämme überfluten mußte.

General Sejnas Flucht

Dieser Anlaß war die *Flucht des Generals Sejna*, der als Verbindungsmann der Partei im Verteidigungsministerium gewirkt hatte. Er war ein Vertrauensmann Novotnys und auch an dessen Staatsstreichplänen vom Januar beteiligt gewesen. Ende Februar verschwand Sejna plötzlich; er reiste über Ungarn und Jugoslawien nach den Vereinigten Staaten. Der Versuch der tschechischen Behörden, die Flucht als *Kriminalfall* zu tarnen, mißlang. Der Ruf nach einer Untersuchung der Affäre Sejna ertönte immer lauter. Die Partei gab dem Druck von unten nach und ließ der Bewegung freien Lauf.

Innerhalb von wenigen Tagen verwandelte sich die Tschechoslowakei nun in ein Land, in dem auf Parteiversammlungen, aber auch auf öffentlichen Straßen und Plätzen über politische Fragen diskutiert und an den Behörden freimütig Kritik geübt wurde. Presse und Radio, offensichtlich von allen Zensurhemmungen befreit, stimmten in diesen Chor mit ein. Am Grabe des vor zwanzig Jahren unter mysteriösen Umständen ums Leben gekommenen, prowestlich gesinnten Außenministers *Jan Masaryk* legten Studenten Kränze nieder. Die Slowaken verlangten eine bessere Berücksichtigung ihrer nationalen Sonderstellung. Sogar der Ruf nach einem *Mehrparteiensystem* wurde laut.

Die Anhänger Novotnys büßten nun rasch ihre Positionen ein. Innenminister *Kudrna* und Generalstaatsanwalt *Bartuska* wurden aus ihren Ämtern entfernt. Der stellvertretende Verteidigungsminister *Janko* beging Selbstmord. Novotnys Stellung als Staatspräsident wurde immer mehr erschüttert, und es scheint nur noch eine

Frage der Zeit, bis auch er von der Bildfläche verschwindet. Als letzter seiner Anhänger an führender Stelle bliebe dann Verteidigungsminister *Lomsky*, dessen Sturz von den Reformern jedoch ebenfalls gefordert wird.

Studentenunruhen in Polen

Der Prager Frühlingssturm hat auch auf Polen übergegriffen. Hier ging es nicht darum, gegen Restbestände des Stalinismus zu protestieren; diese Phase hat Polen seit mehr als einem Jahrzehnt hinter sich. Aber die Hoffnungen, die sich an die Errungenschaften des Oktobers 1956 geknüpft hatten, sind längst verfliegen. Mehr und mehr hat das *Regime Gomulka* die seinerzeit zugestandene Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Schrittweise wurde das Land in das frühere System des Zwanges zurückgeführt.

Es ist deshalb bezeichnend, daß in Polen der Ruf nach Reformen vornehmlich von den *Studenten* ausging. Sie demonstrierten zunächst für ihre speziellen Forderungen — ausgehend von dem Verlangen nach der Rehabilitierung von zwei Kommilitonen, die aus nichtigen Gründen von der Universität Warschau relegiert worden waren. Die scharfe Reaktion von Polizei und Justiz reizten die Studenten zu weiterem Widerstand, und die Unruhen griffen bald auf weitere Hochschulen im ganzen Land über.

Den polnischen Studenten ist es jedoch nicht gelungen, für ihre Forderungen Unterstützung in weiteren Bevölkerungskreisen zu finden. Das Regime hat diese *Schwäche der Revolte* erkannt und mit allen Mitteln versucht, die Studenten zu isolieren. Die Ressentiments der Bevölkerung, vor allem der Arbeiterschaft, gegen die Intellektuellen wurden angestachelt. Gleichzeitig wurde bedenkenlos eine *antisemitische Kampagne* entfesselt; das Organ der linkskatholischen Pax-Organisation ging sogar so weit, eine deutsch-jüdische gegen Polen gerichtete Verschwörung zu konstruieren. Gleichzeitig arbeitete die

Justiz im Schnellverfahren: über die demonstrierenden Studenten wurden drastische Gefängnisstrafen verhängt. So gelang es den Behörden, die Unruhen einzudämmen und unter Kontrolle zu behalten.

Moskaus Zurückhaltung

Die Sowjetunion hat sich bisher in die Entwicklung in Polen und der Tschechoslowakei nicht eingeschaltet. Vorläufig sind die in den beiden Ländern plötzlich aufgebrochenen Bewegungen weit davon entfernt, in einem Maße zu überborden wie in Ungarn im Herbst 1956. Moskau selber ist zudem mit weiteren Sorgen belastet. Es hat zwar auf der Konsultativkonferenz von Budapest Ende Februar einen Erfolg erzielt, indem es der Sowjetunion gelang, von den übrigen Teilnehmern die Zustimmung zu einem *kommunistischen Gipfeltreffen* zu erhalten, das im November und Dezember in Moskau stattfinden soll.

Tatsächlich trägt dieser Erfolg jedoch die Züge eines *Pyrrhussieges*. In Budapest waren längst nicht alle kommunistischen Parteien vertreten; Delegationen aus China, Albanien, Nordvietnam und Nordkorea fehlten. Schließlich hat im Laufe der Tagung die rumänische Delegation die Ausfälle des syrischen Kommunisten *Bagdasch* zum Anlaß genommen, um die Konferenz brüsk zu verlassen und damit eindrücklich den Willen zur Selbständigkeit zu demonstrieren. Wenige Tage später hat Rumänien auf dem Gipfeltreffen der *Warschaupaktmächte* in Sofia seine Sonderstellung erneut unterstrichen, indem es sich weigerte, seine Unterschrift unter das Dokument über den *Atomsperrvertrag* zu setzen. Und in Genf hat Rumänien unmittelbar vor der Verabschiedung des gemeinsamen amerikanisch-sowjetischen

Entwurfes über das Nonproliferationsabkommen demonstrativ noch einmal alle seine Bedenken gegen dieses Vertragswerk in Erinnerung gerufen.

Die Sowjetunion kann es sich leisten, Rumänien auf wirtschaftlichem und außenpolitischem Gebiet eine gewisse *Toleranzmarge* einzuräumen. Das Land ist strategisch in einer Position, die ihm nur eine recht beschränkte Bewegungsfreiheit erlaubt. Für *Polen* und vor allem für die *Tschechoslowakei* trifft das jedoch nicht zu. Beide Länder nehmen in dem «cordon sanitaire», den die UdSSR nach dem Zweiten Weltkrieg an ihrer Westgrenze errichtet hat, eine Schlüsselstellung ein. Bismarck hat das bekannte Wort geprägt, Böhmen sei die «Zitadelle Europas». Seit jenen Tagen haben sich die strategischen Bedingungen zweifellos einschneidend gewandelt, ein Kern von Wahrheit steckt aber auch heute noch in der Feststellung der überragenden Bedeutung Böhmens und Mährens für die politische Situation in Europa. Als Nachbar der Bundesrepublik Deutschland grenzt die Tschechoslowakei unmittelbar an einen der NATO angehörenden Staat. Eine Umwälzung der Machtverhältnisse in der CSSR müßte deshalb unmittelbare Auswirkungen auf das ganze osteuropäische Staatensystem und damit auch auf das Militärdispositiv der Sowjetunion in diesem Gebiet haben. Der Entwicklung in der Tschechoslowakei in Richtung auf Reformen sind damit ebenfalls Grenzen gesetzt. Auch wenn der Kreml bereit ist, der CSSR ein weitestmögliches Maß an Beweglichkeit zuzugestehen, so gibt es doch hier Limiten, die nicht überschritten werden können. Die neue Führung in Prag weiß das, und Dubcek dürfte kaum gewillt sein, sich in die Rolle eines Imre Nagy drängen zu lassen.

Fabius

STRATEGISCH-POLITISCHE PROBLEME DER USA

Ein neuer Isolationismus?

Nie mehr seit der Zeit, als sich der Himmel vor dem Zweiten Weltkrieg verdüsterte, ist die Stimme des Isolationismus in den USA so laut geworden wie heute. Es ist kein organisierter Chor wie in den Jahren vor dem japanischen Überfall auf Pearl Harbour, einem Ereignis, das dann die Amerikaner allerdings sofort in den Krieg riß und die Opponenten einer amerikanischen Intervention zum Schweigen brachte. Die Stärke des Isolationismus läßt sich schwer abschätzen; die Zahl seiner Redeführer ist klein, aber der Isolationismus wurzelt tief in der amerikanischen Psyche, und jüngste Ereignisse deuten darauf hin, daß er, aus seinen verborgenen Tiefen emporsteigend, wieder vermehrt in Erscheinung treten wird.

Wieder, wie Ende der dreißiger Jahre, weist der Isolationismus seltsame Befürworter auf. In jenen Tagen wurden Robert R. McCormick von der «Chicago Tribune» und Charles A. Lindbergh, die beide gegen ein Eingreifen in den europäischen Krieg opponierten, durch die Kommunisten unterstützt, die der Moskauer Politik einer friedlichen Koexistenz mit Adolf Hitler folgten. Heute ist Senator J. William Fulbright, Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses des Senats, als hartnäckiger Kritiker des amerikanischen Einsatzes im Vietnamkrieg der stärkste Befürworter eines Neo-Isolationismus. Er besitzt im Senat und auch im Volk nur eine kleine Anhängerschaft; die Ergebnisse einer kürzlich veranstalteten Umfrage zeigen jedenfalls, daß etwa 70% des amerikanischen Volkes die Politik im Vietnamkrieg unterstützen. Wesentliche Opposition gegen den Vietnamkrieg gibt es aber in akademischen Kreisen und bei den «liberalen» Intellektuellen, die sich normalerweise nicht als Isolationisten betrachten. Und was noch seltsamer anmuten mag: Selbst unter den eingefleischten «Falken» im amerikanischen Kongreß, die auf immer stärkere

Maßnahmen zur militärischen Beendigung des Krieges drängen, läßt sich ein Wiedererwachen des Isolationismus feststellen, was schon zu Nachwirkungen im Verteidigungsprogramm geführt hat und was sich vielleicht in der künftigen Außenpolitik der Vereinigten Staaten noch deutlicher bemerkbar machen wird.

Diese ungewöhnliche Mischung von kriegerischem «Falkentum» und Isolationismus findet sich bei manchen der führenden Persönlichkeiten im amerikanischen Kongreß, wie etwa bei Richard B. Russell, dem Vorsitzenden des Militärausschusses des Senats, dann bei Senator Stuart Symington, einem ehemaligen Luftwaffenminister, ferner bei Senator John Stennis, Vorsitzendem des Senatsunterausschusses für Fragen der militärischen Bereitschaft, und schließlich beim Abgeordneten Mendel Rivers, Vorsitzendem des Militärausschusses des Repräsentantenhauses. Diese mächtigen Männer im amerikanischen Kongreß drängen auf eine Intensivierung der amerikanischen Bombardemente und auf drastische militärische Maßnahmen, um den Vietnamkrieg abzukürzen. Aber ihren martialischen Ansichten liegt eine grundsätzliche Opposition gegen die Verwicklung der amerikanischen Streitkräfte in einen Landkrieg in Südostasien zugrunde. Ihnen mißfällt der Gedanke, amerikanische Truppen in den Dschungel zu entsenden, wo Amerikas technische Überlegenheit und Ressourcen nicht ausschlaggebend wären, um einen raschen Sieg herbeizuführen.

Der Kongreß verwirft das neue Flottenbauprogramm

Die Enttäuschung über den Vietnamkrieg, der schon über 18000 Amerikanern das Leben und den amerikanischen Staatshaushalt etwa 70 Milliarden Dollar gekostet hat, hat in letzter Zeit den tiefeingewurzelten Isolationismus erneut an die Oberfläche

gebracht. Senator Russell, ein hochgeachteter Führer des Südens, sagte bis vor einem Jahr wenig oder nichts zur Unterstützung Senator Fulbrights, wenn dieser jeweils gegen die Gefahren zu wettern pflegte, die den USA aus der Übernahme der Rolle eines Weltpolizisten erwüchsen. Senator Russell lehnte es ab, Fulbrights Behauptung beizupflichten, wonach der amerikanische Präsident die gesamte Kontrolle über die amerikanische Außenpolitik an sich reiße und so — wie in Vietnam — die Nation in unerwünschte Kriege verwickle.

Aber als im März 1967 der Senat darüber diskutierte, ob der Marine 301 Millionen Dollar als ein erster Beitrag zum Bau einer neuen Klasse schneller Nachschubschiffe zugestanden werden sollten, sprach sich Senator Russell gegen den Vorschlag des Verteidigungsministers aus. Er wies warnend darauf hin, daß die Verfügbarkeit solcher Schiffe für den raschen Aufmarsch amerikanischer Truppen in politischen Krisengebieten die USA in künftige Kriege hineinziehen könnte.

Das vom Verteidigungsministerium vorgelegte neue Flottenbauprogramm umfaßte 30 Einheiten, deren Baukosten eine Milliarde Dollar und deren Unterhaltskosten insgesamt eine weitere Milliarde Dollar betragen hätten. Am 21. März 1967 kritisierte Senator Russell das Projekt im Senat mit den folgenden Worten: «Das Verteidigungsministerium hat vorgeschlagen, im Verlauf einer Zeitspanne von mehreren Jahren total 30 Einheiten dieser Klasse anzuschaffen. Diese würden, versehen mit schwerem Kriegsmaterial, auf alle Weltmeere verteilt auf Posten gehen und es den amerikanischen Streitkräften so ermöglichen, zu jeder Zeit und an jedem Punkt der Erdoberfläche im Bedarfsfall sofort eingreifen zu können. Nach diesem Plan würden unsere Landstreitkräfte in das Krisengebiet geflogen und das schwere Material wäre schon dort ... Der Ausschuß ist nicht überzeugt, ob ein so kostspieliges Programm sich rechtfertigt. Die Schiffe müßten sich in Krisengebieten aufhalten. Aber in der Nähe der Kampfzone wäre es

dann notwendig, die Schiffe mit Geleitschutz gegen U-Boote, gegen Flugzeuge oder gegen beides zu versehen, was die Kosten des Projektes noch erhöhen würde. Der Ausschuß ist nicht nur besorgt über die Kosten, sondern auch darüber, daß eine solche militärische Machtentfaltung möglicherweise den Eindruck erwecken könnte, die USA wollten sich die Rolle einer Weltpolizei anmaßen, und daß ferner die Meinung aufkommen könnte, die USA wollten bei jedem lokalen Konflikt ein Eingreifen zum mindesten erwägen. Wird uns die Möglichkeit zum Einschreiten bei fremden Konflikten erleichtert, so ist dann auch die Versuchung da, bei vielen Gelegenheiten zu intervenieren.»

Senator Russell bemerkte ferner, daß andere Mittel beständen, um schweres Kriegsmaterial für die Bodentruppen nach jenen Ländern zu schicken, denen gegenüber sich die USA vertraglich zu militärischer Hilfeleistung verpflichtet haben. Er sagte, daß mancherorts, wie in Westeuropa, das schwere Kriegsmaterial schon an Ort und Stelle bereitliege; in den meisten anderen der mehr als 40 Länder, mit denen die USA verbündet sind, könnten die modernen, eben im Bau befindlichen C-5A-Großtransportflugzeuge 98 % der schweren Ausrüstung ans Ziel bringen. Die erste dieser Maschinen war Ende Februar 1968 fertiggestellt, aber die erste größere Formation dieser Flugzeuge wird nicht vor 1970 einsatzbereit sein.

Senator Russells Ausschuß verwarf das Programm der schnellen Nachschubschiffe und verweigerte den nötigen Kredit für die ersten vier Schiffe. Senat wie Repräsentantenhaus unterstützen den Senator und versetzten damit dem Projekt den Todesstoß. Beide Kammern teilten nämlich die Befürchtungen Senator Russells, daß die neuen Kriegsschiffe die USA künftig in noch mehr «Vietnamkriege» verwickeln könnten.

Der zaghafte Riese

Die Ablehnung des Flottenbauprogramms trotz heftigster Gegenwehr durch Verteidi-

gungsminister Robert S. McNamara ist symptomatisch für die momentane Stimmung im Kongreß, wo heute offenbar alles daran gesetzt wird, jede Verwicklung Amerikas in ein sogenanntes «Strohfeuer» oder in einen beschränkten Krieg unbedingt zu vermeiden. Diese Stimmung, die bald auch auf das Pentagon übergegriffen hatte, zeigte ihre Wirkung deutlich anlässlich des israelisch-ägyptischen Krieges im letzten Juni und auch neulich wieder anlässlich der «Pueblo»-Krise. Beide Male vermieden die Amerikaner jede militärische Aktion, die amerikanische Streitkräfte in die Angelegenheit verwickelt hätte.

Das bedeutet nun nicht, daß die USA ein «Papiertiger» wären und daß es ihnen an militärischer Kraft zum Handeln fehlte. Obwohl mehr als eine halbe Million amerikanischer Truppen nach Südostasien entsandt werden mußten, stehen Amerika noch genügend Streitkräfte zur Verfügung. Wenn sich die USA als zaghafter Riese benahmen, so deshalb, weil sie sich nicht in ein weiteres kriegesisches Abenteuer einlassen wollten, das sich zu einem größeren Krieg hätte ausweiten können. Gewiß, der Mittlere Osten scheint für die amerikanischen Interessen wohl ebenso wichtig zu sein wie Vietnam. Auch waren die USA in Korea bereits vorher stark engagiert. Im Mittleren Osten schlugen die Amerikaner nun aber einen vorsichtigen Kurs ein, indem sie bloß am Rande des Geschehens blieben und dabei die wachsende Einflußnahme der Sowjetunion in diesem Gebiet beobachteten. In Korea, wo 82 Amerikaner, die Schiffsbesatzung der «Pueblo», als Geiseln zurückgehalten werden, hielten es die Amerikaner für ratsamer, auf diplomatischem Weg vorzugehen als zu Repressalien zu greifen und ihre militärische Macht einzusetzen.

Der Vietnamkrieg, der in der gegenwärtigen intensivierten Phase auf amerikanischer Seite pro Jahr beinahe 30 Milliarden Dollar und 20000 Menschenleben kostet, hat grundsätzliche Fragen über die Richtigkeit der amerikanischen Außen- und Militärpolitik aufgeworfen, einer Politik, die bisher auf der Strategie der «flexible

response» beruhte, durch General Maxwell D. Taylor entwickelt und dann durch den früheren Präsidenten Kennedy und den Verteidigungsminister McNamara übernommen worden war. Nach dieser Konzeption kommt der Einsatz von Atomwaffen nicht in Frage, um kleine Kriege auszufechten. In kleineren Konflikten würden also nicht-atomare Waffen eingesetzt, und zwar käme es je nach Situation zu einem demonstrativen Aufkreuzen amerikanischer Kriegsschiffe, zur Lieferung von Waffen und zur Entsendung militärischer Berater oder zu einem direkten Eingreifen amerikanischer Streitkräfte.

Verteidigungsminister McNamara arbeitete die Strategie der «flexible response» im Jahr 1961 zu Beginn seiner Amtszeit aus und entwickelte sie dann zu einer doktrinären Entgegnung auf die Erklärung des sowjetischen Premiers Chruschtschew, wonach kommunistische Volksbefreiungskriege gerecht und nötig seien. Mit großer Überzeugungskraft hatte Chruschtschew atomare Kriege als undenkbar und nicht zu gewinnen hingestellt, doch war er sich bewußt, daß große konventionelle Kriege sich zu atomaren Konflikten mit all ihren bekannten schrecklichen Folgen ausweiten können. Aber Volksbefreiungskriege seien nicht nur nötig, sondern sie könnten auch wirksam gegen kolonialistische oder imperialistische Mächte geführt werden, und zwar ohne die Gefahr einer Eskalation zu einem nuklearen Krieg.

Beschränkte Kleinkriege

Der Volksbefreiungskrieg heißt in McNamaras Nomenklatur von 1961 «sublimited war» oder «Guerillakrieg», welcher durch sogenannte «Antirebellenstreitkräfte» («counter insurgency forces») ausgefochten werden sollte, und zwar unter Verwendung einer Kombination von militärischen, wirtschaftlichen, politischen und psychologischen Methoden, wobei das Schwergewicht auf den nichtmilitärischen Mitteln läge. Spezialtruppen, die «Grünen Berets»,

würden den lokalen Dorfbewohnern helfen, die kommunistischen Guerillakämpfer abzuwehren.

Um 1964 zeigte es sich immer deutlicher, daß der Vietnamkrieg mehr als nur ein begrenzter Guerillakrieg war. Verteidigungsminister McNamara begann ihn als einen «quasi-konventionellen» Krieg zu bezeichnen. Im Jahr 1965 mußten die USA einsehen, daß der Vietnamkrieg nicht nur mit militärischen Beratern und indirekter amerikanischer Beteiligung geführt werden konnte; amerikanische Kampftruppen selber mußten eingesetzt werden.

Diese Maßnahme diene dem Zweck, die kommunistischen Angriffe abzuwehren und, in größerem Rahmen betrachtet, eine Machtergreifung der Kommunisten in Süd-vietnam zu verhindern. Weder die militärische noch die zivile Führung der USA hatten eine Intervention geplant, welche die Entsendung von 500 000 oder mehr Mann erfordern und das Verteidigungsbudget jährlich mit mindestens 25 Milliarden Dollar belasten würde. Das Gremium der vereinigten Stabschefs hatte vor 1965 nie einen Truppeneinsatzplan aufgestellt, in dem vorgesehen worden wäre, amerikanische Truppen in solcher Zahl nach Vietnam zu entsenden. Verteidigungsminister McNamara erklärte denn auch in seinem «Weißbuch», einer Erläuterung der militärischen Lage der USA: «Im Konflikt in Vietnam setzten wir im Sommer 1965 zur Deckung des unmittelbaren Truppenbedarfs auch jene Streitkräfte ein, die als Reserve für Asien vorgesehen waren, und wir reaktivierten dann vorübergehend Reservetruppen, um für langfristige Unternehmungen gewappnet zu sein.»

Die amerikanischen Planer haben zwar Dimensionen und Kosten eines beschränkten Krieges in Vietnam unterschätzt, aber sie sind dennoch von ihrer langfristigen Politik nicht abgewichen, die eben nach wie vor darin besteht, die kommunistische Aggression in jedem Fall zu bekämpfen. Diese Politik reicht bis in die unmittelbare Nachkriegszeit zurück und fand ihre Anwendung in Iran, in Triest, in Griechenland, in der Türkei, in Formosa, in der

NATO und in Korea. Die führenden Politiker um Johnson halten sich an die herkömmliche Konzeption, daß Vietnam sich durch nichts von dem vormaligen von einer Invasion bedrohten Korea oder von den durch Hitler bedrohten Staaten Polen und Tschechoslowakei unterscheide.

Kritiker der amerikanischen Politik in Vietnam, besonders der Kreis um Fulbright und Gruppen in den Universitäten, lehnen die Politik der amerikanischen Interventionen ab. Sie machen geltend, daß es nicht Sache der USA sei, in einen Bürgerkrieg oder in eine lokale Revolution einzugreifen. Dazu führen sie aus, daß die USA weder über die Macht noch über die Ressourcen verfügen, um sich mit solchen internen Revolutionen befassen zu können; es sei deshalb besser, unnötige Schwierigkeiten zu umgehen.

Nicht einmal Fulbright meint, daß die USA keine Rechte und Interessen in Südostasien zu verteidigen hätten und Vietnam verlassen sollten, aber im allgemeinen drängen die Gegner des Vietnamkrieges, wie beispielsweise Walter Lippmann, darauf, daß sich die USA aus dem Konflikt wieder lösen sollten, indem sie die Bombardierungen einstellen, sich in festungsartige Enklaven zurückzögen und schließlich Verhandlungen mit dem Feind aufnehmen. Leute wie Lippmann schlagen vor, allenfalls einen amerikanischen Stützpunkt in Australien zu unterhalten. Andere empfehlen, man solle sich in Thailand oder am Isthmus von Kra festsetzen.

Niemand unter den Isolationisten schlägt jedoch einen vollständigen Rückzug in eine «Festung Amerika» und die Einstellung der Militärhilfe an die NATO-Partner vor. Doch die Entwicklung tendiert auf begrenzten Rückzug oder auf Verminderung der amerikanischen Verpflichtungen; dies schlägt beispielsweise Senator Mansfield vor, der auch empfahl, daß sich die amerikanischen Truppen bis auf einen symbolischen Restbestand aus Europa zurückziehen sollten. Präsident Eisenhower und Roswell L. Gilpatric, ehemals stellvertretender Verteidigungsminister, haben ebenfalls davon gesprochen, den

amerikanischen Truppenbestand in Europa zu vermindern.

Die Administration Johnson hält sich jedoch strikte an die Politik der kollektiven Sicherheit und der Unterstützung der Verbündeten. Trotz der Verminderung des eine Viertelmillion Mann starken amerikanischen Truppenbestandes in Deutschland um 35000 Mann (zwei Brigaden und verschiedene Verbände der Luftwaffe) bildet die USA auch weiterhin die Hauptstütze der Macht der NATO.

Primat der NATO-Verpflichtungen

Die NATO nimmt im Denken der amerikanischen Planer nach wie vor den ersten Platz ein. Dies gilt auch heute, in einer Zeit, da infolge des Vietnamkriegs Truppen und Waffen aus Europa abgezogen werden. Verteidigungsminister McNamara sagte in seiner Erläuterung der militärischen Situation Amerikas, die NATO-Streitmacht sei in der Lage, sich auch mit bestausgerüsteten feindlichen Truppen zu messen, obwohl die Sowjets mit einem Überraschungsangriff anfänglich territoriale Gewinne zu erzielen vermöchten, was allerdings nur ohne einen vorgängigen großen strategischen Aufmarsch der Truppen geschehen könne, ansonsten die NATO-Streitkräfte gewarnt würden.

«Sollte es im europäischen NATO-Bereich zu einem Konflikt kommen, so ist in erster Linie ein in einer Zeit der Spannung aus einer Fehlkalkulation sich ergebender Vorstoß und kaum ein vorgeplanter sowjetischer Angriff wahrscheinlich», sagte McNamara. «In einer solchen Krise wären die Sowjets nicht unbedingt in der Lage, Truppen planmäßig zu mobilisieren und aufmarschieren zu lassen. Aber selbst wenn die Truppen des Warschaupakts etwas rascher als die der NATO mobilisiert werden könnten, so würden jene keinen entscheidenden Vorteil erringen. Überdies ist die NATO auf dem Gebiet der Luftverteidigung überlegen. Die ungefähr gleiche Stärke der beiden Streitmächte würde vermutlich dazu führen, daß ein allfälliger

Konflikt nach einiger Zeit ohne Entscheidung abgebrochen würde und sich die Lage normalisieren könnte. Dennoch drängen die USA ihre Verbündeten, ihre eigenen Streitkräfte auszubauen, damit die NATO-Streitmacht einer Aggression von seiten des Warschaupakts wirklich gewachsen ist.» McNamara schätzt, daß die NATO und der Warschaupakt in allen Regionen außer in Norwegen die gleiche Kriegsstärke aufweisen. Die NATO-Länder verfügen in Europa über ungefähr 900000 Mann an einsatzfähigen Truppen gegenüber etwa 960000 Mann in den Warschaupakt-Staaten.

«Das größte Expeditionskorps nebst dem amerikanischen Kontingent in der NATO-Streitmacht», sagt McNamara, «wird von den USA in Südostasien unterhalten, um der rotchinesischen Bedrohung dieses Gebiets entgegenzuwirken. Und zu unseren Expeditionsstreitkräften gehört nebst den Truppen in Asien und in der westlichen Hemisphäre noch eine strategische Reserve.» Diese seien vor allem dazu bestimmt, die amerikanischen Verpflichtungen gegenüber anderen Nationen zu erfüllen. Er sagte, das bedeute allerdings nicht, daß die strategische Reserve «mehr als 40 Vietnams» zu gleicher Zeit beistehen könnte. McNamara betonte andererseits, die amerikanische Einsatzplanung sei nicht an einen bestimmten Plan für eine bestimmte Situation gebunden, sondern «sie könne jeweils auch die besonderen Umstände hinreichend berücksichtigen». Die Streitkräfte der USA seien nämlich so aufgebaut, daß sie zu jedem Zeitpunkt grundsätzlich für alle mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit vermutbaren Ereignisse gerüstet sind.

Beschränkte Bedeutung der rotchinesischen Gefahr

In der zweitwichtigsten Region, in Asien, so führt McNamara aus, erzeugen die dort befindlichen amerikanischen und lokalen Streitkräfte trotz der großen rotchinesischen Armee eine ausreichende Ab-

schreckwirkung, und sie sind in der Lage, die Gebiete, auf die es wirklich ankommt, zu verteidigen. Rotchina verfüge über eine reguläre Landarmee von schätzungsweise 2 351 000 Mann, Nordvietnam über 442 000 Mann und Nordkorea über 345 000 Mann. «Während China seinen Einfluß zwar grundsätzlich lieber durch «Volksbefreiungskriege» ausbreiten möchte», sagt McNamara, «könnte es sich aber vielleicht auch einmal zu einem direkten Angriff auf Korea, Taiwan, Indien oder Südostasien entschließen, falls ein solcher «Volksbefreiungskrieg» nicht den gewünschten Erfolg einbrächte und falls China einmal willens sein sollte, das Risiko eines offenen Angriffs auf sich zu nehmen.»

«Allerdings besitzen die Rotchinesen nur beschränkte Möglichkeiten, um außerhalb ihrer Grenzen Angriffe vorzutragen», stellt McNamara weiter fest. «Erstens gibt es da große Schranken zwischen China und seinen Nachbarn: die Himalajakette, die Dschungel Südasiens und die Formosastraße. Zweitens ist der chinesische Soldat nicht annähernd so gut ausgerüstet wie sein amerikanischer Gegner; im konventionellen Kampf ist er ihm unterlegen, und umgekehrt hat der amerikanische Durchschnittsoldat eine dreimal größere Feuerkraft und eine zwanzigmal bessere Ausrüstung als ein chinesischer Soldat.»

McNamaras Militärpolitik der «flexible response» ohne Atomwaffen beruht auf seinem festen Glauben, daß mit Atomwaffen ausgerüstete Streitkräfte nicht mehr ein glaubwürdiges Abschreckungsmittel gegen Aggressionen jeder Art darstellen — wenn sie es in der Vergangenheit überhaupt je gewesen sind.

«Wir müssen auch in Betracht ziehen, daß in jenen Konflikten, in die wir in den sechziger Jahren möglicherweise verwickelt werden, taktische Atomwaffen nicht einfach durch konventionelles Kriegsmaterial ersetzt werden können», sagt McNamara weiter. «Wir wissen natürlich, daß eine wirksame taktische Atombewaffnung für unsere Gesamtstrategie unentbehrlich ist. Es war aber unsere entschiedene Ansicht, daß der Entschluß, solche Atomwaffen zu

verwenden, uns nicht einfach aufgedrängt werden sollte, weil wir kein anderes Mittel besitzen, um uns zu wehren. Wir erkannten dann (1961), was in der Zwischenzeit so offenkundig geworden ist, daß es unweigerlich viele Situationen geben würde, wo es weder möglich noch ratsam wäre, taktische Atomwaffen einzusetzen...» Da die Sowjetunion und Rotchina durch die überlegenen amerikanischen Atomwaffen abgeschreckt werden, ist ein Atomkrieg nach McNamaras Ansicht unwahrscheinlich. Auch würde die kommunistische Seite nicht absichtlich eine atomare Konfrontation suchen, weil sie ja angesichts des unvermeidlichen Vergeltungsschlages schrecklichste Zerstörungen im eigenen Land zu gewärtigen hätte.

Der wahre Prüfstein der amerikanischen Politik

Am ehesten haben sich die USA auf «Volksbefreiungskriege» gefaßt zu machen. Insbesondere bleibt der Vietnamkrieg, sagt McNamara, «für die USA ein Prüfstein für die Lebensfähigkeit unserer kollektiven Verteidigungspolitik. Wichtig ist, daß alle Gründe, die wir für unser Eingreifen im südostasiatischen Konflikt nennen können, sich unmittelbar aus dem eigentlichen Grundsatz der amerikanischen Außenpolitik ergeben, nämlich aus dem Prinzip der kollektiven Sicherheit», fügt McNamara bei. «Wir kämpfen dort für das Recht der Völker, in Frieden und Unabhängigkeit zu leben, unbelästigt von ihren Nachbarn und frei von Angst vor Aggression durch eine der Großmächte. Von diesem Recht leitet sich auch unsere eigene Sicherheit ab; und dieses Recht ist eben das Ziel unserer kollektiven Verteidigungspolitik in allen Teilen der Welt.»

McNamara verwarf sodann die Behauptungen der Neo-Isolationisten, daß der Kommunismus weder für die Vereinigten Staaten noch für deren Verbündete eine wirkliche Bedrohung darstelle und daß der monolithische Kommunismus in eine Vielzahl nationalistischer Mächte zerbröckle. McNamara räumte zwar ein, daß die Welt

in den sechziger Jahren nicht mehr ein bipolarer, durch einen «eisernen Vorhang» in zwei Blöcke geteilter Kosmos sei. Er sagte, die Welt sei pluralistisch geworden, und die starren ideologischen Dogmen des Kalten Krieges seien am Verblässen. Aber trotz dieser Tendenzen bestand er darauf, daß die Institution der kollektiven Sicherheit auch weiterhin notwendig sei: «Es ist nach wie vor die Pflicht des Starken, den Schwachen vor jenen zu schützen, die ihm ein politisches oder wirtschaftliches System aufzwingen wollen. Auf diese Weise bleibt die kollektive Sicherheit die Grundlage unserer Verteidigungspolitik. Internationale Sicherheit kann aber letztlich nur durch gute zwischenstaatliche Beziehungen gefunden werden, und nicht durch Waffen ... Im letzten Viertel des zwanzigsten Jahrhunderts wird das zentrale Problem internationaler Sicherheit darin bestehen, zwischen den entwickelten, wohlgenährten Nationen und den vernachlässigten, hungernden Völkern fruchtbare Beziehungen herzustellen.»

McNamara sagte, das amerikanische Ziel in Vietnam sei, darüber zu wachen, daß keine Großmacht jenes Land in ihren Herrschaftsbereich einbeziehe. Er warnte die sowjetische Führerschaft, daß «sie ein gefährliches Spiel treibe», wenn sie einen kommunistischen Sieg in Vietnam anstrebe: «Ein kommunistischer Sieg in Südvietnam müßte die Position aller nichtkommunistischen Staaten in Südostasien erschüttern — der Hauptnutznießer wäre dann aber China und nicht die Sowjetunion. Ein solcher Sieg würde als Triumph der chinesischen Angriffslust und als Rechtfertigung Chinas im ideologischen Zwist mit der Sowjetunion ausgelegt. Außerdem ist Südostasien im Gegensatz zu Nordkorea, welches an beide Länder grenzt, von der Sowjetunion durch die große chinesische Landmasse getrennt. Es ist deshalb unwahrscheinlich, daß die Sowjets in diesem Gebiet für längere Zeit gegen den Willen Chinas irgendeine Machtposition einnehmen könnten.»

Natürlich war dies keine Einladung an die Sowjetunion, sich am System der kollek-

tiven Sicherheit zu beteiligen, aber es deutet eine Form stillschweigender Übereinkunft an, Südostasien den Frieden zu bringen.

Keine «Festung Amerika»

McNamara betonte, daß die USA in Vietnam versuchten, dem Prinzip, daß politische Veränderungen nicht durch Gewalt und militärische Macht erzwungen werden dürften, Nachachtung zu verschaffen. Er sagte, daß «wir uns auf vielen Gebieten in einem friedlichen Wettbewerb mit anderen kommunistischen Staaten befinden» und daß «es kurzfristig von uns wäre, nicht auch mit der Sowjetunion und ihren osteuropäischen Verbündeten wenigstens in jenen Bereichen, wo dies überhaupt möglich ist, eine friedliche Verständigung anzustreben...».

Aber er fügte hinzu, daß das Bündnis-system der kollektiven Sicherheit mit seinen mehr als 40 Nationen weiterbestehen müsse, um die Ausbreitung des kommunistischen Einflusses auch weiterhin zu verhindern. Das System der kollektiven Sicherheit habe während der letzten 20 Jahre seinen Zweck im großen und ganzen erfüllt, und die Amerikaner und manche ihrer Verbündeten hätten dafür einen hohen Preis an Menschenleben und materiellen Verlusten bezahlen müssen, zuerst in Korea und jetzt in Vietnam.

McNamara ist überzeugt, daß diese Bündnisse den Aufwand lohnen, selbst wenn sich kaum feststellen läßt, was wohl in der Welt ohne NATO und ohne andere regionale Pakte alles geschehen wäre. «Eines jedoch wissen wir: die Politik des unbewaffneten Isolationismus und der Neutralität, welche wir vor dem Zweiten Weltkrieg verfolgten, hat uns am Ende viel mehr Material und Menschenleben gekostet», stellt er fest. «Überdies muß klar erkannt werden, daß wir heute auf keinen Fall mehr zu einer Politik des Isolationismus zurückkehren könnten und daß, würden wir es dennoch versuchen, dies heute nicht mehr einfach der unbewaffnete Isolationismus der dreißiger Jahre sein könnte. Im Zeit-

alter der Atombombe und der interkontinentalen Fernlenkraketen, in einer Zeit also, wo andere Völker die Möglichkeit besitzen, unserer Heimat innerhalb weniger Minuten den Todestoß zu geben, ist uns eine so leichte Lösung verwehrt.» Wohl könnte man sich in eine «Festung Amerika» zurückziehen, aber McNamara fügte warnend hinzu, daß dann sowohl Amerika als auch die Welt als Ganzes völlig anders aussähen: Falls die USA versuchten, autark zu werden, müßte dies zu einem niedrigeren Lebensstandard und zu einem starken Verlust an wirtschaftlicher Freiheit führen: «Mit der Zeit wären wir im wahren Sinne des Wortes isoliert, eine »Festung Amerika«, zwar immer noch mit einer relativen Prosperität gesegnet, aber umgeben von einem Heer sich abmühender, neidischer und uns nicht wohl gesinnter Völker, das heißt, wir würden uns in eine Lage begeben, die kaum dazu geeignet wäre, unsere eigene Ruhe und Sicherheit zu bewahren. Der Isolationismus verträgt sich weder mit unseren internationalen Verpflichtungen noch mit unserem System der kollektiven Sicherheit. Aus unserer Politik folgt nun aber nicht, daß wir die Rolle eines »Weltpolizisten« übernehmen müssen. Vielmehr folgt daraus, daß wir jederzeit unseren Verpflichtungen in aller Welt nachzukommen haben, um dazu beizutragen, den Weltfrieden zu erhalten, Spannungen zwischen Völkern zu vermindern und Be-

dingungen für den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt in den Entwicklungsländern zu schaffen.»

Angesichts des Vietnamkriegs wird heute das Prinzip der kollektiven Sicherheit und der amerikanischen Verpflichtungen in aller Welt neu eingeschätzt. McNamaras festes Bekenntnis zu Amerikas Bündnissen und seine beharrliche Ablehnung aller isolationistischen Experimente werden mit nur kleinen Abweichungen von seinem Nachfolger, Clark Clifford, fortgeführt, der in den späten vierziger Jahren und in den fünfziger Jahren mitgeholfen hatte, die Bündnisstrategie für den Kampf gegen den Kommunismus zu entwickeln. Clifford wird, wenn nicht alles trügt, sogar noch entschlossener als McNamara an der amerikanischen Vietnampolitik festhalten.

Obwohl die NATO und die Verteidigung Europas im Rahmen der amerikanischen Verteidigungspolitik auch weiterhin an erster Stelle stehen werden, werden doch die Kosten für das Engagement in Vietnam Amerikas Willen, auch anderswo in der Welt militärisch-politische Aufgaben zu übernehmen, merklich zügeln. Ob dies eine neue Form von Isolationismus sein wird, ist allerdings zu bezweifeln. Weder ein künftiger Präsident noch die amerikanische öffentliche Meinung werden je wünschen, sich in eine «Festung Amerika» zurückzuziehen.

Lloyd H. Norman

INNENPOLITISCHE RUNDSCHAU

Vom Berufe unserer Zeit zu staatlichen Reformen

Seit Ende der fünfziger Jahre, als sich auch eine weitere Öffentlichkeit unseres Landes mit dem Gedanken einer zunehmenden europäischen Integration vertraut zu machen begann, ist der Boden für Gespräche über mögliche Reformen unserer staat-

lichen Einrichtungen in wachsendem Maße aufgelockert worden. Und als dann 1964 die Mirage-Krise unser Regierungssystem in heftige Kontroversen grundsätzlicher Art stürzte, wurde das »Reformbewußtsein« vollends geschärft. Der Vorstoß zugunsten einer Totalrevision der Bundesverfassung ist aus diesem Klima herausgewachsen.

Wie weit ist dieses «Reformbewußtsein» nun auch wirklich konstruktiv? Diese Frage stellt man sich mit einigem Bangen angesichts der praktischen Arbeit, die nun anhand des Fragenkatalogs der «Kommission Wahlen», der vom Bundesrat eingesetzten «Arbeitsgruppe für die Vorbereitung einer Totalrevision der Bundesverfassung», von Parteien, Kantonen und Universitäten zu leisten sein wird. Die «Kommission Wahlen» selbst, die sich ursprünglich in ihrer Mehrheit aus «Revisionsskeptikern» zusammensetzte, hatte einen ausgezeichneten Start, arbeitete speditiv und zweckmäßig und wurde der Situation mit ihrem Vorgehen sicherlich optimal gerecht. Der Fragenkatalog fand denn auch eine sehr günstige Aufnahme in der Öffentlichkeit.

Wie kommen nun aber die eigentlichen Adressaten des Fragenkatalogs zurecht? Vom Rektor einer großen deutschschweizerischen Universität wird berichtet, daß er zunächst mit dem Gedanken gespielt habe, den Fragenkatalog unbeantwortet wieder zurückzuschicken, und daß er sich schließlich erst auf Druck der Studenten eines anderen besonnen habe. Die großen Landesparteien haben zwar ausnahmslos Arbeitsgruppen in teilweise hervorragender Besetzung gebildet. Die eigentliche Arbeit stößt aber auf die hierzulande zur wahren Plage gewordenen Schwierigkeit, mit der jedes öffentliche Unternehmen zu kämpfen hat, sobald es sich nicht um eine praktische Frage von unmittelbarem Interesse und entsprechender Dringlichkeit handelt: die Schwierigkeit nämlich, genügend Zeit und ausreichende Termine freizubekommen, um mit der nötigen Mühe gründliche Arbeit leisten zu können.

Warnzeichen

Es ist zu hoffen, daß die nun angelaufene eidgenössische Bestandesaufnahme diese ebenso banale wie wirksame Barriere zu überwinden vermag. Ein Scheitern könnte schwerwiegende politische Auswirkungen haben. Man darf sich nämlich keinen Illu-

sionen darüber hingeben, daß es auch in unserem Lande unter der Jugend zu gären beginnt. Mag der Seminaristenstreik von Locarno noch einen Spezialfall besonderer Umstände darstellen, und mag auch die wachsende Unruhe an unseren Hochschulen zum Teil bloße Imitation ausländischer Umtriebe sein — es ist unverkennbar, daß unsere Jugend immer mehr in eine Stimmung tiefgreifender Kritik hineingerät.

Daß sie selbst keine Alternativen anzubieten hat, ändert nichts daran, daß sie auf der Suche ist und daß sie die Leistungen und vor allem auch die Fehlleistungen der gegenwärtig in der öffentlichen Verantwortung stehenden Generation aufs genaueste registriert. Wir stehen in einem Zeitalter des Übergangs, und gerade die studentische Jugend ist sich darüber im klaren, daß heutzutage Weichenstellungen von weittragender Bedeutung fällig sind. Es wäre unter diesen Umständen nicht nur bedauerlich, es wäre ein Unglück, wenn es nicht gelänge, die eidgenössische Auslegeordnung zu einem fruchttragenden Unternehmen werden zu lassen.

Hochschulpolitik: Erfolgreicher Abschluß der ersten Runde

In der Märzsession der eidgenössischen Räte, die ausnahmsweise auf zwei Wochen beschränkt wurde, kam es zu einem Vorentscheid in der Hochschulpolitik. Die Vorlage des Bundesrates war bekanntlich auf erhebliche öffentliche Kritik gestoßen. Die Diskussion hat sich insofern ausgewirkt, als die Ständekammer als Prioritätsrat einige wesentliche Änderungen vorgenommen hat, bevor sie die Vorlage ohne Gegenstimme zuhanden des Nationalrats verabschiedete.

Zunächst wurde der Verteiler zwischen Sachinvestitionen und Grundbeiträgen zugunsten der ersteren verschoben, so daß die Sachinvestitionen in der Periode 1969 bis 1974 nun 650 statt 600 der insgesamt 1150 Millionen Franken ausmachen. Ferner sorgte der Ständerat für verbesserte Einflußmöglichkeiten des Bundes in den

Fragen der Koordination. Auch überwies er zusätzlich ein Postulat, in dem der Bundesrat ersucht wird, das Amt eines Delegierten für die Hochschulkoordination zu schaffen. Schließlich ist auch das Aufsichtsrecht des Parlaments noch verbessert worden, indem der Bundesrat verpflichtet wird, alle drei Jahre über die Ausführung des Hochschulgesetzes Bericht zu erstatten.

Vermutlich wird es auch in der Volkammer noch zu Änderungen kommen. Ob sich dann auch die Kritiker aus den Wirtschaftskreisen befriedigt erklären können, wird sich weisen. Sollte das Referendum ergriffen werden, so stünde eine Vorlage in Gefahr, die vielleicht auf dem Papier, aber doch wohl nicht in der politischen Wirklichkeit durch eine eindeutig bessere Lösung ersetzt werden könnte.

Kompromiß im Milchkrieg

Ein weiterer Höhepunkt der Frühjahrs-session bestand in den Verhandlungen des Nationalrates über die Milchvorlage des Bundesrates, mit der die leidige Milchschwemme beseitigt werden soll. Die Rednerliste von über 30 Volksvertretern war ein Symptom für die politische Brisanz, die hierzulande den Landwirtschafts-problemen im allgemeinen und der Milchfrage im besonderen nach wie vor zukommt. Die finanzpolitische Tragweite dieses Teils der eidgenössischen Politik geht unter anderem daraus hervor, daß der Bund seit 1957/58 allein auf Grund der Milchbeschlüsse 759,4 Millionen Franken für die Landwirtschaft aufgewendet hat. Soviel an Zuschüssen war nämlich nötig, um die Milchrechnung auszugleichen.

Das Parlament zeigte sich erneut bauernfreundlich und korrigierte die Vorlage des Bundesrates insofern, als es die Erhöhung des Rückbehalts zur Deckung des Verlustanteils der Produzenten auf zwei Rappen (von 3 auf 5 statt auf 6 Rappen) begrenzte. Ein Siebenpunkteprogramm des Bundesrates soll im übrigen zu einer Sanierung auf breiterer Basis führen. Sollten die getroffenen Lenkungsmaßnahmen

nicht genügen, so steht dem Bundesrat nun die Möglichkeit einer Kontingentierung der Milchmenge mit garantiertem Preis offen.

Teure Woche

Die zweite Sessionswoche wurde gesamthaft betrachtet zu einer ausgesprochen teuren Woche. Neben dem Milchwirtschaftsbeschluß und der Hochschulvorlage, die den Bund beide je etwa 200 Millionen Franken pro Jahr kosten werden, wurde vom Nationalrat auch die Erhöhung der Reallöhne für das Bundespersonal um 7 Prozent gebilligt, die ebenfalls jährlich auf rund 200 Millionen zu stehen kommen wird. Wenn man bedenkt, wie leicht es verhältnismäßig war, die Mehrheiten für die Milch- und Lohnfinanzierung zu mobilisieren, und wie umstritten andererseits die Hochschulförderung ist, bei der es um nichts mehr und nichts weniger als um die wissenschaftliche Grundlegung unseres künftigen Wohlstandes geht, dann wird man jenem Standesherrn recht geben müssen, der besorgt fragte: Wo bleiben da die Proportionen?

Die «teure Woche» wurde im übrigen etwas aufpoliert durch den Umstand, daß die am 14. März vorgelegte eidgenössische Staatsrechnung 1967 günstiger abschließt, als budgetiert worden war. Das Defizit beträgt nicht 412, sondern «nur» 156 Millionen Franken. Die Öffentlichkeit erfuhr bei dieser Gelegenheit des weiteren, daß der Gesamtvorschuß des Bundes für den Nationalstraßenbau per Ende 1967 nicht weniger als 1,9 Milliarden Franken ausmacht.

Welschland kontra Tessin

Der Deutschschweizer geht normalerweise stillschweigend von der Voraussetzung aus, daß die beiden lateinischen Sprachfamilien im Schweizerhaus besonders eng und solidarisch verbunden seien. Ende Februar stellten die Romands für einmal das Gegenteil unter Beweis. Die Kantone Wallis, Waadt und Freiburg machten eine Eingabe

an den Bundesrat, in der sie grundsätzlich die Erhebung von Gebühren an den im Nationalstraßennetz enthaltenen Autotunnels befürworten. Der Vorstoß zielt darauf ab, Gotthard und San Bernardino dem Großen St. Bernhard gleichzustellen, dessen Straßentunnel ohne Bundeshilfe gebaut wurde und auf dem Wege einer allgemeinen Gebührenpflicht finanziell etwas bessergestellt werden könnte.

Die Eingabe kam einem Griff ins Wespennest gleich. Im Tessin ließ die Reaktion nicht auf sich warten. In schärfsten Tönen wurden die Tessiner Gegenargumente in Erinnerung gerufen: Eine Gebührenpflicht am Gotthard käme einer unerträglichen Diskriminierung der italienischen Schweiz gleich, da ihre Bewohner an beiden ganzjährigen Straßenverbindungen zur übrigen Schweiz Taxen zu entrichten hätten. Es wird sich zeigen, wie dieser föderalistische Knoten gelöst werden kann.

Kulturelle Hoffnungen der Ostschweiz

St. Gallen, die traditionsreiche Metropole der Ostschweiz, hat sich in den letzten Jahrzehnten als schwieriger Theaterboden erwiesen. Lange Zeit wurde das kulturelle Leben der Stadt zu seinem Schaden ins Spannungsfeld des Kulturkampfkantons hineingezogen. Es kam vor, daß man Subventionsvorlagen für Theater und Orchester am Malaise um die Stipendienordnung scheitern ließ. Im vergangenen November sodann lehnte die Stimmbürgerschaft einen zusätzlichen Beitrag zur Betriebsfinanzierung des neuen Theaters ab, während sie pikanterweise am gleichen

Sonntag der Subventionierung einer Tribüne im Fußballstadion zustimmte.

Inzwischen beginnt sich aber der Himmel zusehends aufzuhellen. Zunächst hatte der Kanton ein Einsehen und erhöhte seine Subvention von 300 000 auf 550 000 Franken. Und dann folgte am 15. März die glanzvolle Einweihung des neuen Theaters, das als Juwel bezeichnet werden muß. Auch im Urteil internationaler Theaterexperten schneidet es hervorragend ab. Es stellt ein Beispiel dafür dar, daß auch mit bescheidenen Mitteln schön und zweckmäßig gebaut werden kann. Der Zürcher Komponist und derzeitige Intendant der Hamburger Staatsoper, Prof. Rolf Liebermann, feierte in seiner Festansprache das Werk denn auch als Ausdruck eines Kulturwillens, der in der schweizerischen Öffentlichkeit sonst eher zu kurz komme.

Das ausgezeichnete Echo, das der Neubau gefunden hat, wird sicherlich das seine dazu beitragen, den Boden für eine glücklichere zweite Abstimmung vorzubereiten. Es gehört mit zur schweizerischen Auffassung von Staat und Kultur, daß das geistige Leben nicht auf wenige Großzentren konzentriert bleibt. Einer regionalen Metropole von der Bedeutung St. Gallens kommt daher auch eine erhebliche Verantwortung für das kulturelle Leben zu. Die räumlichen Voraussetzungen für den Fortbestand eines guten «Provinztheaters» sind nun in geradezu idealer Weise geschaffen. So darf man für St. Gallen und die Ostschweiz hoffen, daß seine Bürgerschaft ein Einsehen haben und die Betriebsfinanzierung endgültig sicherstellen wird.

Spectator

DIE ENTVÖLKERUNG DER TESSINER BERGTÄLER

Der Rückgang in Zahlen

Nach den letzten statistischen Erhebungen, soweit sie im Kanton erstellt und ausgewertet wurden, leben heute 46,8 Prozent

der Bevölkerung des Tessins auf einer Bodenfläche, die nur 4,8 Prozent des kantonalen Territoriums ausmacht. Man steht somit einer besonders stark ausgeprägten Wohnkonzentration auf bestimmte städ-

tisch geprägte Ortschaften gegenüber; praktisch handelt es sich um Bellinzona, Locarno, Lugano, Chiasso und deren Vortorgemeinden. Der Rest des Kantonsgebietes, das heißt 95,2 Prozent der Bodenfläche, weist die Tendenz auf, sich mehr und mehr zu entvölkern.

Zur Land- und Bergzone, deren demographischer Rückgang mit Sorge beobachtet wird, gehören die Täler Bedretto, Blenio, Verzasca, Vallemaggia, Onsernone und Centovalli, sowie die Einzugsgebiete des Malcantone, der Valcolla und des Muggiotales. Lediglich die Leventina kann dank ihrer günstigen Lage an der Gotthardroute eine Bevölkerungszunahme von 1152 Einheiten in den letzten zwanzig Jahren melden.

Da die Statistik auf der traditionellen Einteilung nach Bezirken beruht, ist der detaillierte Überblick nach Zonen ziemlich erschwert. Hingegen gibt die Zahlenaufstellung in der Reihenfolge der einzelnen Gemeinden eine Auskunft, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Von den 253 politischen Gemeinden des Kantons wiesen deren 138 im Jahr 1960 eine niedrigere Bevölkerungszahl auf als bei der ersten Zählung von 1850. Damals betrug die Gesamtbevölkerung des Tessins 117759 Einwohner, im Jahr 1960 waren es 195566. In diesem Zeitraum sank die Zahl der Einwohner in den 138 Gemeinden mit rückläufiger Bevölkerungsbewegung von 53047 auf 33689. In weiteren 29 Gemeinden blieb die Bevölkerungsziffer stagnierend, oder sie sank nach einigem Zuwachs wieder auf einen niedrigeren Wert ab. Nur 86 Gemeinden haben sich seit 1850 demographisch entwickelt und erreichten in 110 Jahren einen Zuwachs von 97800 Einwohnern.

Besonders alarmierend ist der Rückgang, der in der Dekade 1950—1960, mit der auf die städtischen und halbstädtischen Zentren konzentrierten wirtschaftlichen Besserstellung des Kantons auftrat. Er betrug, um nur einige Beispiele zu nennen, im Centovalli, Pedemonte und Onsernone 18,3 Prozent (gegenüber einem Durchschnitt von 3,4 Prozent während der Dekaden zwischen 1850 und 1950), im Valle

Morobbia und in der Bergzone des Bellinzonese 23 Prozent (früher 3,7 Prozent) und im Muggiotal 13,2 Prozent (früher 2,3 Prozent). Errechnet man den Bevölkerungsschwund nach einzelnen Gemeinden, so kommt man auf Zahlen, die teilweise zwischen 25 und 35 Prozent liegen. Selbst dort, wo eine bestimmte Wachstumsrate festgestellt werden konnte, ist Vorsicht am Platz. Im Bleniotal zum Beispiel stieg die Bevölkerung zwischen 1950 und 1960 um 427 Einheiten, wovon jedoch nur 14 auf den Geburtenüberschuß entfallen. Die restlichen 413 sind die Folge der Zuwanderung, vorwiegend von ausländischen Arbeitskräften, die über einige Jahre im Kraftwerkbau beschäftigt waren. Ihr Anteil hat sich nach der Schließung der Baustellen entsprechend reduziert.

Zunehmende Überalterung

Damit ist eine weitere rückläufige Bewegung angedeutet, die über die Schwäche der Bevölkerungsstruktur im Tessin Auskunft gibt. In steigendem Maß ist die Zunahme der Gesamtbevölkerung dem Faktor Einwanderung zu verdanken und nicht mehr dem Geburtenüberschuß. Während sich die beiden Faktoren im Zeitraum 1941—1950 noch einigermaßen die Waage hielten (mit 6165 Geburten gegenüber 7008 Zuzügen), schlug das Pendel bei der Bilanz für die nachfolgenden zehn Jahre eindeutig zugunsten der Zuwanderung aus: Von einer Gesamtzunahme der Bevölkerung von 20521 Einheiten gingen nur noch 4369 auf das Konto des Geburtenüberschusses.

Hand in Hand mit dem Rückgang des Geburtenanteils und mit der Zunahme der Festansiedler von außen akzentuiert sich die Überalterung der Tessiner Bevölkerung. In den Bergtälern ist sie eine Folge der Landflucht, die die arbeitsfähigen Leute an Orte mit besserem und gesicherterem Einkommen trieb, oft auch außerhalb des Kantons, was für das Tessin eine besondere Beunruhigung darstellt: Jahr für Jahr werden in den hiesigen Schulen und Ausbildungsstätten junge Leute mit beträcht-

lichem Kostenaufwand für einen Beruf vorbereitet, den sie dann in anderen Gegenden der Schweiz ausüben, womit dem Tessin ein Leistungspotential verloren geht, das durch die jährliche Zuwanderungsquote nicht wettzumachen ist. Denn die Neu-Einwanderungen betreffen zu großen Teilen Leute höherer Altersstufen, Pensionierte, nicht mehr Erwerbsfähige, die im Tessin ihren Lebensabend verbringen, was wiederum zur Überalterung der klimatisch bevorzugten Ansiedlergemeinden im Luganese und im Locarnese, also in den städtischen Gebieten, führt.

Das ursprüngliche Verhältnis zwischen Bergwirtschaft und Emigration

Die eigentliche Landflucht ist im Tessin sehr spät aufgetreten, zu einem Zeitpunkt, in dem beispielsweise die deutsche Schweiz den Umstrukturierungsprozeß im Zusammenhang mit den demographischen Verschiebungen zwischen Stadt und Land bereits überwunden hatte. In der deutschen Schweiz setzte die Landflucht um die Jahrhundertwende ein, begleitet von einer starken wirtschaftlichen Expansion des sekundären und tertiären Sektors. Es waren die Möglichkeiten gegeben, die der Landwirtschaft abgehenden Arbeitskräfte in eine systematisch fortschreitende industrielle Entwicklung einzubauen und die Landwirtschaft selbst durch entsprechende Maßnahmen (Einsatz von technischen Hilfsmitteln, weitgehende Bodenmeliorationen, Erschließungen, Standardisierung des Anbaus) zu rationalisieren, so daß beide Teile gestärkt aus der Umwandlung hervorgingen. Das Tessin, mit seinem überstürzten Boom der fünfziger Jahre, auf den es wirtschaftspolitisch und infrastrukturell gar nicht vorbereitet war, ist diesbezüglich nicht nur in Verzug, sondern es hat auch eine bedeutend ungünstigere Ausgangslage, um gerade in den Bergtälern landwirtschaftliche Reformen durchzuführen, mit denen das, was noch besteht, zu retten wäre.

Während Jahrhunderten waren Viehzucht, Alpwirtschaft und Ackerbau nicht

die einzigen Tätigkeiten der Tessiner Bauern. Diese fanden vielmehr Arbeit und Auskommen in zusätzlichen Erwerbszweigen, denn die Landwirtschaft allein, als Familienbetrieb, auf geringen, zerstückelten Grundflächen aufgebaut, vermochte ihren Berufsstand nicht ausreichend zu ernähren. Früh entdeckten die Tessiner, die an der Gotthard- und an der Lukmanierpaßstraße ansässig waren, ihre Geschicklichkeit für Transportwesen und Handel. Karl Meyer weist in «Blenio und Leventina von Barbarossa bis Heinrich VII.» auf die wirtschaftliche Bedeutung dieser Zusatzbeschäftigungen hin, vor allem auf die monopolistisch organisierten Warentransporte, die den Tälern bis zu einem gewissen Grad Wohlstand und Prosperität sicherten. Aus den Statuten von Osco in der Leventina (1237) geht hervor, daß die Haupttätigkeit der männlichen Bevölkerung der Ortschaft nicht die Landwirtschaft sondern der Säumerverkehr auf der Gotthardstrasse war.

Mit dieser Öffnung gegenüber Erwerbszweigen, die den Tessiner sehr früh aus der Geschlossenheit seines Bauerntums, aus dem tätigen Verharren an ein und demselben Ort herausholten, waren die psychologischen Voraussetzungen gegeben für die bald danach aufblühende Saisonauswanderung. Nunmehr blieben jeweils nur so viele Familienmitglieder zurück, als es brauchte, um den Boden zu bewirtschaften und den Verpflichtungen in der Gemeinde nachzukommen; die anderen zogen für den Sommer oder den Winter, je nach Gewerbe, in andere Landesgegenden oder ins Ausland, um in einer Vielfalt von Berufen (Kesselmacher, Glaser, Kaminfeger, Maurer, Händler, Lastträger) zu arbeiten und damit das Einkommen der Familie zu verbessern. Somit haben sich die Tessiner Bergtäler bis ins 19. Jahrhundert nicht entvölkert, im Gegenteil, je größer eine Hausgemeinschaft war und je mehr Hände sie hatte, die zugreifen konnten, desto eher war ihre Existenzgrundlage gesichert. Auf der anderen Seite verhinderte jedoch die periodische Emigration das Aufkommen von spezialisierten Gewerbebetrieben am

Ort, und auch die Landwirtschaft blieb rückständig. Die auf das alte Erbrecht zurückgehende Güterzersplitterung, wonach die Nachkommen den väterlichen Grundbesitz untereinander teilen, machte eine wirtschaftliche Bodennutzung unmöglich. Noch im Jahr 1955 wurde errechnet, daß im Tessin ein landwirtschaftlicher Betrieb durchschnittlich aus 18 mehr oder weniger auseinanderliegenden Parzellen besteht, bei einer Flächengröße von knapp zehn Aren pro Parzelle. Die Bodenqualität stand dem Ausmaß der einzelnen Grundstücke an Dürfbarkeit nicht nach. Magere Weiden, harte und steinige Äcker, dazu ein Klima mit raschen Übergängen zwischen Wärme und Kälte (wir sprechen immer von den Bergtälern), mit heftigen Gewittern, langen Regen- oder Trockenperioden, machten die Landwirtschaft äußerst arbeitsintensiv, versagten ihr jedoch von vornherein jede vernünftige Rentabilität.

Der Aderlaß der Überseeauswanderung

Mit allen diesen Mängeln hatten sich die Einwohner der Tessiner Bergtäler längst abgefunden. Als Regulativ für das, was sie in der Landwirtschaft entbehren mußten, dienten ihnen in jedem Fall die Saisonauswanderung und die Handelsgeschäfte. Mitte des 19. Jahrhunderts kam jedoch die berühmte Wirtschaftsblockade, mit der Österreich als Vergeltungsmaßnahme für die Hilfe, die der Kanton den Freiheitsbestrebungen des italienischen Risorgimento gewährt hatte, das Tessin von seinen natürlichen Absatzmärkten Como und Mailand abschnitt. Aus den Tälern setzte nun auf breiter Basis die vormals nur im Einzelfall, als Abenteuer, praktizierte Emigration nach Übersee ein. Viele Familienvorstände sahen darin die einzige Möglichkeit, der Arbeitslosigkeit und der Armut zu entgehen. Und die Überseer kamen so schnell nicht wieder zurück, im Gegenteil, wenn sie drüben aus dem Größten heraus waren, ließen sie Frau und Kinder nachkommen oder Verwandte, die arbeitswillig waren. In den Bergtälern blieben schließlich

nur noch die älteren Leute, deren Betätigungskreis sich notgedrungen mehr und mehr einschränkte.

Noch um 1900 ordnet eine kantonale statistische Aufstellung die Hälfte der werktätigen Bevölkerung des Tessins der Kategorie der Landarbeiter zu, was den Eindruck erweckte, man habe es in erster Linie mit einem Agrarland zu tun. In Wirklichkeit hielten sich die Bewohner der Bergtäler gerade noch ihren Acker und ein paar Stück Vieh zur notwendigen Versorgung, aber wer immer konnte, integrierte diese Beschäftigung mit anderen Einkommensquellen, vor allem nachdem die große Emigrationswelle einmal aufgefangen war, die allerdings erst nach der Krise der dreißiger Jahre endgültig zur Ruhe kam.

Durchgeführte und geplante Sanierungen

Von 1885 bis 1964 wurden im Tessin mit Hilfe der Eidgenossenschaft Meliorationen für einen Betrag von über 111 Millionen Franken durchgeführt. Das Augenmerk richtete sich dabei vornehmlich auf die landwirtschaftlichen Gebiete in der Ebene und in der Hügelzone, die einen ausreichenden Ertrag versprachen. Nur so war es mit den Jahren möglich, daß das Tessin mit seinen landwirtschaftlichen Spezialprodukten auf den schweizerischen Absatzmärkten konkurrenzfähig wurde und seinen Platz behaupten konnte. Zwar tat man auch in den Bergzonen alles Mögliche, von der Sanierung der Alpweiden über die Trinkwasserversorgung bis zur Errichtung von landwirtschaftlichen Straßen und zur Einführung von Beratungsdiensten in allen Sparten. Aber allein für die noch ausstehenden Güterzusammenlegungen in diesen weniger begünstigten Gebieten sind weitere 50 Millionen Franken aufzubringen, von denen 34 Millionen auf die Bodenreform in finanzschwachen Gemeinden entfallen, die kaum in der Lage sein werden, sich an den Kosten zu beteiligen.

Damit ist das Hauptproblem für jede landwirtschaftliche Hilfe in der Tessiner Bergzone ausgesprochen. Der finanzielle

Aufwand, den die Sanierungsmaßnahmen erfordern, steht in keinem Verhältnis zum effektiven Nutzen, der erwartet werden kann. Dabei liegt der wunde Punkt keineswegs etwa bei der mangelnden Initiative der Talschaften, sondern es fehlt der Marktanreiz, sobald der Eigenbedarf einmal ausreichend gedeckt ist. Was nützt es, wenn die Tessiner Bergbauern beispielsweise in die Lage versetzt werden, in vermehrtem Maß alpwirtschaftliche Produkte zu liefern, deren Preis dann künstlich gestützt werden muß, und wenn die Betroffenen über kurz oder lang erkennen müssen, daß die Entwicklungshilfe sie zu nichts anderem als zu Subventionsempfängern gemacht hat? Außerdem hat das kantonale Amt für volkswirtschaftliche Untersuchungen ausgerechnet, daß, sofern die demographische Kurve sich weiterhin im gleichen Tempo senkt wie bis anhin, die Bergtäler ausgestorben sein werden, bevor das Meliorationsprogramm zu Ende geführt werden kann.

Chancen für eine touristische Erschließung?

Auf den Überalterungsfaktor wurde bereits hingewiesen. Nach der Volkszählung von 1960 besteht die Bevölkerung des Tessins zu 17,5 Prozent aus Leuten, die über sechzig Jahre alt sind. Der schweizerische Durchschnitt liegt bei 15,1 Prozent. Übertroffen wird das Tessin nur noch durch Appenzell Ausser- und Innerrhoden (21,6 beziehungsweise 17,9 Prozent). Nun, von 55 Tessiner Gemeinden, die eine Überalterungsziffer von über 25 Prozent aufweisen, befinden sich deren fünfzig in der Bergzone. Oder: von den 134 Gemeinden, die sich seit 1910 entvölkern, haben 99 einen Überalterungsindex, der höher liegt als der kantonale Durchschnitt; den Hauptanteil tragen wiederum die Dörfer in den Bergtälern.

Was kann hier noch getan werden, um diese erschreckende Bewegung aufzuhalten, zumal sie nicht irgend ein Randgebiet des Tessins betrifft, sondern, territorial ge-

sehen, mindestens zwei Drittel des Kantons auf krasse Weise in Mitleidenschaft gezogen hat? Selbstverständlich ist es undenkbar, Entwicklungsvorschläge auf den gegenwärtigen Bevölkerungsbestand in den Bergzonen abzustellen. Es kann nur versucht werden, neue Leute heranzuziehen und ihnen am Ort Erwerbsquellen zu erschließen und Wohnverhältnisse zu schaffen, die sie das Liebäugeln mit der Stadt vergessen lassen.

Lange Zeit hatte man gehofft, den Exodus aufzuhalten durch bessere Verkehrsverbindungen zwischen den Wohnorten in den Tälern und den Arbeitsplätzen in den städtischen Gebieten. Von den 2604 Pendlern zum Beispiel, die täglich nach Bellinzona zur Arbeit fahren, legen 335 eine Strecke von mehr als 20 Kilometern für den Anweg zurück. In Giornico liegt das Verhältnis bei 488 zu 59, in Taverne bei 387 zu 49; in allen diesen Fällen beträgt der Anteil der «Fernpendler» über 10 Prozent. Nun hat sich jedoch gezeigt, daß der erleichterte Pendelverkehr sehr oft der Auftakt ist für die Entscheidung der Talbewohner, doch in der Nähe des Arbeitsplatzes Wohnsitz zu nehmen und sich damit die tägliche An- und Rückfahrt und den damit verbundenen Zeitaufwand zu sparen.

Nach wie vor steht man also der Frage gegenüber, welche Erwerbszweige in die Täler gebracht werden könnten, um der demographischen Entwicklung eine andere Wendung zu geben und das Leben in diesen Dörfern nicht nur notdürftig zu erhalten. Es steht fest, daß nur Tätigkeiten in Frage kommen, die sich, wie das während Jahrhunderten Tradition war, mit der Arbeit in der Landwirtschaft integrieren und dieser gleichzeitig neue Absatzmöglichkeiten garantieren. Am ehesten hat unter diesen Vorzeichen der Tourismus eine Chance. Aber die Aussicht, damit die Täler zu regenerieren, ist insofern begrenzt, als von vornherein nur jene Gegenden zur Diskussion stehen, in denen sowohl ein Sommer- wie ein Wintertourismus geschaffen werden kann. Denn für eine Saison allein, beispielsweise dort, wo die Schneeverhält-

nisse oder die Topographie keinen Wintersport zulassen, lohnt es sich nicht, die Infrastrukturen und Einrichtungen zu erstellen, die man auch bei einem bescheidenen Kurort heute voraussetzt.

Aber auch die allgemeine Tendenz des heutigen Fremdenverkehrs nötigt, wenn Neues geplant werden soll, zu einiger Vorsicht. Immer mehr hat sich im Tessin der Durchgangstourismus eingebürgert, die Gäste halten sich auf dem Weg zu ihrem Fernziel über kurze Zeit im Kanton auf; es ist schon viel, wenn sie zwei bis drei Logiernächte bleiben, und ihre Vorliebe gilt dabei verständlicherweise den Ortschaften an den Seen oder in der Hügellzone. Für die Täler reserviert man einen Ausflug, mehr nicht. Gewiß gibt es eine Kundschaft, die nach wie vor die ganze Ferienzeit am gleichen Ort verbringt und teilweise die Täler den eigentlichen Fremdenzentren vorzieht. Aber es wird vermutlich nicht diese Minderheit sein, auf die ein neu lancierter Tourismus in den Berggegenden seine Pläne abstützen kann. Auch mit dem Passantenverkehr dürfte es in Zukunft nicht zum besten bestellt sein, da der Reisestrom bald einmal unbeirrt auf der Nationalstrasse bleiben und die Dörfer beiseite lassen wird. Konkret sind somit nur noch die Möglichkeiten zu erwägen, die ein erweiterter Sozial- und Familientourismus bietet, die Schaffung von Einrichtungen, die im Sommer wie im Winter mit einer festen Belegung rechnen können, wie Jugendlager, Familienheime, Ferienhäuser,

Rekonvaleszentenheime, Sportschulen, Kolonien und so weiter.

Wo die Zukunft für die Tessiner Bergtäler liegt, weiß heute niemand schlüssig zu sagen. Aus ihnen entwickelten sich einst die Grundzüge jener zeitlosen ländlich-bäuerlichen Kultur, die zum Wesensmerkmal des echten Tessins geworden ist. Sie zu erhalten, ihr einen Aktionsradius zu geben, der sie nicht länger veröden läßt, die Gemeinden in den Bergzonen wieder zu funktionsfähigen politischen und geistigen Organismen zu machen — das ist ein Wunsch, zu dessen Erfüllung das geeignete Mittel noch nicht gefunden wurde.

Max Wermelinger

Literaturhinweise

A. Cavadini, «Struttura e sviluppo del settore industriale ticinese dal 1950 al 1964», Lugano 1966. — F. Kneschaurek, «Stato e sviluppo dell'economia ticinese: analisi e prospettive», Bellinzona 1964. — B. Legobbe, «Economia e demografia della zona montana», Vortrag gehalten in Airolo 1967. — Annuario Statistico del Cantone Ticino, Bellinzona 1965. — Rendiconto del Consiglio di Stato, Bellinzona 1966. — Ufficio delle ricerche economiche: «Aspetti e problemi dell'agricoltura ticinese», Bellinzona 1965; «L'invecchiamento nel Ticino», Bellinzona 1966; «Caratteristiche della demografia ticinese», Bellinzona 1966.

WIRTSCHAFTLICHE HINWEISE

Ein Querschnitt durch Periodika

Wandlungen in der Wirtschaftsstruktur

Die bisher publizierten Ergebnisse der Gewerblichen Betriebszählung von 1965 geben einen interessanten Einblick in die strukturellen Veränderungen, die sich in

unserer Wirtschaft in den letzten zehn Jahren abgespielt haben. *Die Volkswirtschaft*, Oktober 1967, veröffentlichte die wichtigsten Daten der Erhebung (in welche die Land- und Forstwirtschaft sowie die öffentlichen Verwaltungen usw. nicht einbezogen

wurden). Daraus geht hervor, daß seit 1955 die Zahl der Betriebe um 2½% zurückgegangen ist, die Beschäftigten sich aber um 31% vermehrt haben. Es scheint somit ein starker Konzentrationsprozeß im Gange zu sein. Tatsächlich fallen auf bloß 1,3% der Betriebe beinahe zwei Fünftel des erfaßten Personalbestandes. Andererseits sind in mehr als der Hälfte der Betriebe nur ein oder zwei Personen tätig.

Eine sehr instruktive Graphik über die Veränderungen der Beschäftigtenzahlen in den einzelnen Industrien findet sich in der Februar-Nummer der neuen, vom Verband schweizerischer Konsumvereine herausgegebenen Zeitschrift *COOP, Fachblatt für Unternehmungsführung*. Daraus geht hervor, daß sich die Beschäftigtenzahl im Sektor Kautschuk und Kunststoffe im Laufe des Jahrzehnts verdoppelt hat. Überdurchschnittliche Zunahmen mit 40 bis 50% weisen auch die Maschinen- und Metallindustrie sowie die Chemie auf, wogegen in einigen Branchen ein absoluter Rückgang zu verzeichnen ist, insbesondere in der Textil- und Lederindustrie. Der Einbezug auch der Landwirtschaft in den zahlenmäßigen Vergleich führt leider zu erheblichen Unstimmigkeiten, und auch die Heranziehung der Volkszählungsergebnisse, die auf anderer Basis gewonnen werden, ist mehr als fragwürdig. (Rolf Bucher, «Wirtschaftlicher Strukturwandel — im Lichte der neuen Betriebszählungsergebnisse».)

Aus den zahlreichen Aspekten, die die *Wirtschaftsförderung* in ihrem Dokumentations- und Pressedienst vom 18.12.1967 im gleichen Zusammenhang zeigt, sei die Tatsache herausgegriffen, daß die Maschinen- und Metallindustrie rund ein Fünftel aller von der Betriebszählung erfaßten Personen beschäftigt. Der Anteil der Frauen ist im Sektor der Dienstleistungen mit 45% am höchsten, wobei das weibliche Kontingent in der Textil- und Tabakindustrie mit 55 bzw. 65% und bei Kleider, Wäsche usw. mit 69% besonders groß ist.

Gegenüber dem allgemeinen Mittel von 31% weist das Baugewerbe mit 53% eine bedeutend stärkere Zuwachsrate auf. Verglichen mit 1955 hat nicht nur die Zahl der

Betriebe, sondern auch die Betriebsgröße merklich zugenommen. Aus einer Aufstellung in der *Schweizerischen Arbeitgeber-Zeitung* vom 22.2.1968 («Probleme des Baugewerbes») geht hervor, daß es im Hoch- und Tiefbau, auf den rund 70% aller im Baugewerbe Beschäftigten entfallen, 3 Betriebe mit mehr als 1000 und 13 weitere mit 500 bis 1000 Arbeitskräften gibt. Hierin zeichnet sich deutlich ein Wandel vom Baugewerbe zur eigentlichen Bauindustrie ab. Doch ist einige Vorsicht angezeigt, denn noch immer gibt es 2900 Betriebe (von insgesamt 7000), die weniger als 10 Personen beschäftigen. Hinter diesen Zahlen verbergen sich offensichtlich bedeutende Rationalisierungsreserven.

Europäische Integration

In einer über weite Strecken recht spannend geschriebenen historischen Überschau läßt Alois Riklin im Januar-Heft der *Schweizer Rundschau* («Schumans oder de Gaulles Europa») die Geschichte der Europa-Idee, ihrer Wandlungen und ihrer praktischen Realisierung in Teilbereichen erstehen. Mit besonderer Sorgfalt wird dabei der Standpunkt de Gaulles zur Frage der Supranationalität herausgearbeitet — einer ursprünglich französischen Idee (Schuman), die im Jahr 1951 in der Gründung der Europäischen Kohle- und Stahlgemeinschaft ihre erste Verwirklichung fand.

Das heutige Frankreich, das seine hegemonialen Absichten kaum verhüllt, zählt freilich zu den schärfsten Gegnern supranationaler Einrichtungen, und de Gaulle hat es auch mit Hilfe massiver Drohungen und entgegen den Vertragsbestimmungen der EWG verstanden, den Ministerrat der Europäischen Gemeinschaften de facto auf die Beibehaltung des Einstimmigkeitsprinzips festzulegen, die Stellung der Europäischen Kommission als Exekutive zu schwächen und den supranationalen Ausbau der Gemeinschaften (zum Beispiel durch Übertragung echter Entscheidungsbefugnisse auf das Europäische Parlament) aufzuhalten. Denn sein Europa ist ein Europa der

Staaten, in dem die nationalen Regierungen (und nicht supranationale Behörden) die Entscheidungen einstimmig zu treffen haben.

Riklin, der sich als Befürworter eines supranationalen Europas (und dementsprechend als Gegner der de Gaulleschen Konzeption) zu erkennen gibt, zitiert Holland als Kronzeuge für die Nützlichkeit einer Beteiligung auch der Kleinstaaten an einem solchen Gebilde. Was er aber zum «Fall Schweiz» in dieser Beziehung zu sagen hat, befriedigt in keiner Weise. Nicht nur, daß die Diskussion weitgehend aufgrund einer in sich widersprüchlichen Äußerung des Präsidenten der Konservativ-christlichsozialen Volkspartei und einer mit Recht als anachronistisch abgestempelten politischen Betrachtung von Bundesrat Schaffner geführt wird — der besondere Mangel liegt darin, daß weder die Frage der Neutralität (das Wort findet sich nirgends im Text) noch die der Rückwirkungen eines schweizerischen Beitritts zur EWG auf unsere politischen Einrichtungen auch nur aufgeworfen wird.

So wirkt denn der Aufsatz etwas allzu unausgewogen, sowohl in seinem Verhältnis von Geschichte zu aktueller Problematik wie insbesondere hinsichtlich der Spannweite der Probleme, die sich für die Schweiz stellen. Auf diesem Hintergrund klingt die Aufforderung, mit der Riklin seine Ausführungen schließt, reichlich forsch, wenn man auch im Prinzip zustimmen mag: «Die gegenwärtige Lage, die eine globale Überprüfung der schweizerischen Haltung gegenüber dem europäischen Integrationsproblem erfordert, sollte vor allem auch den ganzen Fragenkomplex «Supranationalität, Unabhängigkeit, Kleinstaat» neu aufrollen, und das ohne vorgefaßte Meinung, ohne Rechthaberei, ohne Angst vor Gesichtsverlust und ohne Furcht vor der Schleifung wackliger Bastionen.»

In seinen «Betrachtungen zur Außenwirtschaftspolitik» (*Außenwirtschaft*, Dezember 1967) streift Vincent C. Frank auch das derzeitige Verhältnis der Schweiz zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft

(EWG). Im Jahre 1961 hatte unser Land bekanntlich das Gesuch um Assoziation mit der EWG gestellt, das noch immer pendent ist. Frank meint nun, die Erfahrungen, die Österreich mit seinen Assoziationsverhandlungen (1965—1967) gemacht hätte, ließen es nicht als angezeigt erscheinen, diese Form der Teilnahme am Gemeinsamen Markt als einzig mögliche ins Auge zu fassen. «Deshalb wird jetzt ... nur von einem Verhandlungsgesuch gesprochen, das erst dann präzisiert werden könne und solle, wenn die Länder des Gemeinsamen Marktes die Erweiterung ihrer Gemeinschaft überhaupt wünschten, wozu es der Einstimmigkeit bedarf.» Dieser steht jedoch das Veto Frankreichs vorläufig im Wege.

Soweit in diesen Ausführungen der gegenwärtige offizielle Standpunkt zum Ausdruck kommt, wäre es allerdings erwünscht, wenn man sich auch in der Öffentlichkeit in vermehrtem Maße mit den möglichen Varianten eines Zusammengehens und den jeweiligen Wirkungen auf unsere Wirtschaft und Institutionen auseinandersetzen würde.

Internationale Währungspolitik

An der Jahresversammlung des Internationalen Währungsfonds (IWF) im vergangenen September wurde die Aufstellung eines Dispositivs zur Schaffung zusätzlicher Währungsreserven in der Form von sogenannten Sonderziehungsrechten (SZR) auf den IWF beschlossen. Zu dieser eher komplexen Materie äußern sich in der *Außenwirtschaft* (Dezember 1967) Hans Bachmann, der die technische Seite dieser Reform des internationalen Währungssystems beleuchtet, während Franz Aschinger die ökonomische und monetäre Tragweite aufzeigt. Die SZR sollen nur im Falle eines allgemeinen Bedarfs in Kraft gesetzt und dürfen nicht als Zahlungsbilanzhilfe an einzelne Länder eingesetzt werden. Es handelt sich, wie Aschinger betont, erstmals um ein Instrument, durch das «bewußt und kontrolliert» neue Währungs-

reserven geschaffen werden können. Die SZR treten in den Währungsbeständen der Notenbanken nicht etwa an die Stelle des Goldes; vielmehr wird es auf absehbare Zeit darum gehen, ihnen zu einer Stellung zu verhelfen, die sie als dem Gold ebenbürtig erscheinen läßt.

Die konkrete Ausarbeitung des Statuts über die SZR ist zurzeit im Gange; zahlreiche und schwierige Fragen sind dabei zu lösen. Die Schweiz nimmt an den Arbeiten nicht teil; sie wird über das weitere Schicksal der Reform inskünftig nur noch in beschränktem Maße direkt informieren können, da sie nicht Mitglied des IWF ist. Darauf weist John R. Lademann im gleichen Heft (S. 360) im Rahmen seiner «Währungspolitischen Chronik» eindrücklich hin und folgert, daß sich damit auch die Frage eines möglichen Beitritts der Schweiz zum IWF neu stelle.

Entwicklungsländer

Das allzu rasche Wachstum der Bevölkerung ist in manchen Entwicklungsländern zum Problem Nr. 1 geworden. Denn Fortschritte in der Produktion, die überall, wenn auch in unterschiedlichem Grade festzustellen sind, können nicht zu einer Steigerung des Pro-Kopf-Einkommens — dem unmittelbaren Ziel der Entwicklungsförderung — führen, wenn die Einwohnerzahl in gleichem Tempo zunimmt. Der Gedanke der Geburtenbeschränkung hat deshalb in letzter Zeit in manchen Ländern an Boden gewonnen. Angesichts der mancherlei psychologischen und praktischen Probleme, die sich in den Entwicklungsgebieten der Familienplanung entgegenstellen, ist es jedoch nicht verwunderlich, daß bisher nur wenige Regierungen den beschwerlichen Weg systematisch und zielstrebig beschritten haben. Zu diesen Ausnahmen gehört Indien.

Die moderne Medizin hat es fertig gebracht, die Sterberate so stark zu senken, daß die Lebenserwartung des Inders seit 1950 von 32 auf 50 Jahre angestiegen ist. Die Leute werden älter, das ist die eine

Quelle der Bevölkerungsvermehrung. Die andere ist die hohe Geburtenrate von über 40⁰/₀₀ (verglichen mit meist weniger als 20⁰/₀₀ in Europa). Die Einwohnerzahl beträgt 520 Millionen, und monatlich nimmt die Bevölkerung um mehr als eine Million zu! Hier nun soll die Korrektur angesetzt werden mit dem Ziel, die Geburtenrate auf 25⁰/₀₀ zu senken.

K. S. Sundara Rajan beleuchtet in der von der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds herausgegebenen Zeitschrift *Finance and Development* (Dezember 1967) die Probleme, das praktische Vorgehen und die bisherigen Ergebnisse der Empfängnisverhütungskampagne («Family Planning in India: Recent Developments»). Die Aufklärung muß 90 Millionen Ehepaare erfassen; von diesen leben 80% in 560000 Dörfern und viele sind Analphabeten. Mit diesen wenigen Angaben sind die Schwierigkeiten der Aufgabe, an die sich die indische Regierung mit aller Energie gewagt hat, wenigstens angedeutet. Die jährlichen Ausgaben sind auf 1300 Millionen Franken veranschlagt und mehr als 120000 «field workers» sind als Helfer eingesetzt. Daß selbst revolutionäre Vorschläge, wie die Sterilisation von Ehepaaren mit mehr als drei Kindern, von verschiedenen Gliedstaaten und breiten Kreisen der öffentlichen Meinung positiv aufgenommen wurden, zeigt die Ernsthaftigkeit, mit der das Bevölkerungsproblem nunmehr angegangen wird.

Ein anderer kaum minder wichtiger Aspekt für die wirtschaftliche Zukunft der Entwicklungsländer wird von Horst Kriebel im Hamburger *Wirtschaftsdienst* (Dezember 1967) aufgezeigt: die Verschuldung gegenüber dem Ausland. Sie ist von 1962 bis Mitte 1966 von 25 auf 41 Milliarden Dollar gestiegen. Rückzahlungsverpflichtungen und Zinsenlast absorbieren einen wachsenden Teil der finanziellen Hilfe, die von den Industrieländern und internationalen Organisationen laufend geleistet wird. Zinserlaß, eine weitere Hinausschiebung der Fälligkeiten oder die Umwandlung von Darlehen in Geschenke würden indessen, so argumentiert der Au-

tor wohl richtig, den Zwang zur ökonomisch sinnvollen Verwendung der Mittel allzu sehr schwächen. Und wenn er meint, die Fähigkeit der Schuldnerländer, ihren Schulddienstverpflichtungen nachzukommen, werde letztlich allein von ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit bestimmt, so ergibt sich daraus die (unausgesprochene) Folgerung, daß die Entwicklung dieser Länder als ein viel langsamerer und längerer Prozeß anzusehen ist, als man selbst heute, auch in den Industrieländern, unter dem Druck der politischen Umstände meist zugeben geneigt ist.

In einem nicht sehr überzeugenden Aufsatz «Gewerkschaften in Entwicklungsländern» (*Wirtschaftsdienst*, Januar 1968) setzt sich Christian Uhlig mit der im allgemeinen negativen Haltung gegenüber der Gewerkschaftspolitik auseinander, die er für anfechtbar hält. Doch bleiben die Ausführungen zu sehr im allgemeinen stecken; weder wird gesagt, wo es wirklich freie Gewerkschaften gibt noch stützen sich seine Thesen auf empirische Daten. Ohne Differenzierung und konkrete Untersuchungen kommt man hier nicht aus.

Blick in die Zukunft

Spekulationen über die Zukunft sind immer attraktiv. Sie sind zudem eine unerläßliche Hilfe für die eigene Orientierung des Unternehmers und Managers in der Zeit und dienen zugleich der Konfrontation mit der eigenen Meinung, die ja auch nur spekulativ ist. Deshalb ist es verdienstlich, daß sich der *Wochenbericht* Nr. 6, 1968, des Bankhauses *Julius Bär & Co.* unter dem Titel «Die schweizerische Wirtschaft im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts» mit den Aussichten für die nächsten drei Jahrzehnte befaßt. Um das Ergebnis vorwegzunehmen: Es wird nicht bezweifelt, daß die schweizerische Wirtschaft «auch im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts ihren Platz an der Sonne behaupten wird».

Was an den Überlegungen, die zu diesem Ergebnis führen, vor allem auffällt, ist zweierlei. Einmal, daß sie sehr positiv-

stisch sind; kaum je regt sich ein Zweifel über die mögliche Entwicklung. Und dann besonders, daß die künftige Phase offenbar verstanden wird als eine Verlängerung der jetzigen Tendenzen in die Zukunft. Das kommt etwa in der Meinung zum Ausdruck, der Freihandel werde sich auf dem internationalen Feld noch vertiefen und erweitern (wogegen andere Beobachter bereits auf die hinter uns liegende Jahreswende als Zenith zurückblicken); oder der technische Fortschritt werde dank der permanenten technischen Revolution noch stärker als bisher die Wettbewerbsposition bestimmen und deshalb gehe es darum, «fortwährend Neues hervorzubringen»; oder die Produktionsverfahren und die Produkte, die Absatzkanäle und Werkstoffe, die Mode- und Geschmacksrichtungen würden sich «immer rascher und umfassender» ändern.

Bei alledem ist nur zu hoffen, daß der Mensch nicht zermalmt wird zwischen diesen angeblich mit Sicherheit die Zukunft bewegenden Kräften. Glücklicherweise setzt die Geschichte hinter die «Zwangsläufigkeit» von Entwicklungen gewisse Fragezeichen.

Natürlich fehlt in diesem Zusammenhang die Forderung nicht, das Begabungspotential zu mobilisieren — etwas, das vor 20 Jahren nur im Vokabular kommunistischer Staaten zu finden war! Doch damit nicht genug: Das individuelle Recht auf Bildung soll sein Gegenstück finden in «einer gewissen Pflicht zur Entfaltung der eigenen Fähigkeiten, die der einzelne gegenüber der Gesellschaft hat». Eine solche Geisteshaltung paßt nun allerdings ganz und gar nicht mehr in unsere politische Landschaft. Und man darf doch wohl die bescheidene Frage stellen, ob vielleicht «die Gesellschaft» auf lange Sicht nicht mehr gewinnt, wenn sie jedem einzelnen die Möglichkeit beläßt und Anreize schafft zur Entfaltung der eigenen — nicht Fähigkeiten, sondern — Persönlichkeit.

Ebenfalls die Zukunft — aber in einem ganz andern Sinn hat der Aufsatz von K. William Kapp, «Nationalökonomie und rationaler Humanismus» (*Kyklos*, Nr. 1/

1968) zum Gegenstand. Ihm geht es darum, die Volkswirtschaftslehre wieder in den Bereich des Menschen und seiner konkreten Bedürfnisse zurückzuführen, nachdem sie im Begriffe stehe, «zur reinen Technik zu werden, die im wesentlichen nur noch auf ihr von außen gestellte Fragen reagiert und kaum ein Bedürfnis empfindet, ihre partiellen Ergebnisse mit dem Wissen und den Erfahrungen in Beziehung zu setzen, die außerhalb ihres Fachgebietes liegen» (S. 4).

Kapp geht davon aus, daß man mit dem der theoretischen Nationalökonomie zugrunde liegenden Rationalprinzip dem Problem der Daseinsbewältigung und der Lebenserhaltung in einer Welt, in der der Mensch durch Luftverunreinigung, Wasserverschmutzung, Radioaktivität der Atmosphäre u.a. gefährdet sei, nicht gerecht werden könne. Man kennt die Toleranzgrenzen für die menschliche Gesundheit auf den genannten und andern Gebieten; sie sind meßbar. Es sind Mindestanforderungen des menschlichen Lebens; der Autor bezeichnet sie als existentielle Grundbedürfnisse. Doch welches ist die Bedeutung solcher Toleranzgrenzen als analytisches

Instrument für die Nationalökonomie? Welchen Beitrag können sie zur Zielbestimmung des menschlichen Handelns und der Politik leisten?

Hier die Antwort des Autors: «Das Instrument der Mindestgrenzen würde es ermöglichen, die Konsequenzen alternativer Entscheidungen abzuschätzen und gegeneinander abzuwägen. Wenn sie auch nicht automatisch die Ziele unseres Handelns bestimmen, so sind Toleranzgrenzen dennoch eine unbedingte Voraussetzung für eine rationale Zielsuche und Zielwahl. Mit andern Worten: sie leisten einen Beitrag sowohl zur Zielbestimmung als auch zur Festsetzung von gesellschaftlichen Prioritäten... Wir humanisieren die Wahl der Ziele und geben dem Prozeß der Planung eine rationale Basis» (S. 16). Ob dieser Ansatz wirklich ausreicht, um der Nationalökonomie ein neues Gesicht zu geben, wie Kapp meint, oder ob es sich bei den Toleranzgrenzen nicht vielmehr einfach um den Einbezug von bestimmten einschränkenden Bedingungen in die Analyse handelt (was an sich nicht grundsätzlich neu wäre), scheint eine durchaus offene Frage zu sein.

Rudolf Frei